

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Tom Schreiber (SPD)**

vom 29. Juli 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Juli 2020)

zum Thema:

Linksextremismus in Berlin – Konzept für die Rigaer Straße? (II)

und **Antwort** vom 14. August 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Aug. 2020)

Herrn Abgeordneten Tom Schreiber (SPD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24331
vom 29. Juli 2020
über Linksextremismus in Berlin – Konzept für die Rigaer Straße? (II)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft auch Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Dennoch war der Senat bemüht, entsprechende Auskünfte zur Beantwortung der Schriftlichen Anfrage einzuholen.

1. In welche sicherheitspolitischen Ansätze, Kategorien und Phasen gliedert sich das konkrete Konzept des Berliner Senats im Umgang mit der Rigaer Straße?
2. Wurde dieses Konzept im Senat verabschiedet bzw. welche Senatsverwaltungen und welche Abteilungen des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg waren bei der Erarbeitung des Konzeptes involviert?

Zu 1. und 2.:

Ziel des Senats ist die „Befriedung“ der Rigaer Straße und die Ermöglichung eines friedlichen Zusammenlebens aller Anwohnenden. Dies kann jedoch nicht als alleinige Aufgabe des Senats oder des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg gelingen. Entscheidend ist aus Sicht des Senats die Einbindung sämtlicher beteiligter Akteure. Nur unter Berücksichtigung der verschiedenen Interessenlagen aller Beteiligten kann eine langfristig tragfähige Lösung im Hinblick auf das dargestellte Ziel gefunden werden.

So unterschiedlich sich dabei die Interessenlagen der beteiligten Akteure aber auch innerhalb der Anwohnerschaft der Rigaer Straße darstellen, so verschieden sind auch die jeweiligen Voraussetzungen hinsichtlich der einzelnen relevanten Objekte in der Rigaer Straße. Daher kann es aus Sicht des Senats kein einheitliches Konzept für die Rigaer Straße geben. Entscheidend ist vielmehr ein pragmatischer, an die individuellen Gegebenheiten angepasster, zielorientierter Lösungsprozess unter Berücksichtigung zwischenzeitlicher Ergebnisse und Entwicklungen. Dies gelingt oftmals nur in kleinen Schritten. Hier sind insofern Hartnäckigkeit und Ausdauer gefragt.

3. Gab es zwischen dem 08.12.2016 und 15.07.2020 diesbezüglich Gespräche oder Aktivitäten innerhalb der Senatsverwaltungen, mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg sowie involvierten NGOs? (Aufstellung nach Jahren erbeten.)
4. Wie oft gab es hierzu Treffen in der Senatsverwaltung für Inneres sowie im Roten Rathaus? (Aufstellung nach Jahren erbeten.)
5. Wie oft hat der Senat von 2016 bis 2020 das persönliche Gespräch mit den örtlichen Gewerbetreibenden und der direkten Anwohnerschaft gesucht, sich mit diesen getroffen und ausgetauscht? (Aufstellung nach Jahren erbeten.)

Zu 3. bis 5.:

Zwischen den beteiligten Senatsverwaltungen sowie mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg und sonstigen Beteiligten erfolgt ein anlassbezogener Austausch. Eine statistische Erfassung im Sinne der Anfrage erfolgt nicht.

6. Gab es zwischen dem 08.12.2016 und dem 15.07.2020 Gespräche mit einer Wohnungsbaugesellschaft und der Senatsverwaltung für Finanzen sowie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen um das Objekt der Rigaer Straße 94 zu kaufen?

Zu 6.:

Seitens der Senatsverwaltung für Finanzen wurde im Jahr 2017 am Rande eines Termins mit der degewo Wohnungsgesellschaft auch über die Rigaer Str. 94 gesprochen. Da zum damaligen Zeitpunkt Unklarheiten über die Eigentumsverhältnisse der Immobilie bestanden, blieben die Gespräche ergebnislos.

7. Wann wurden im Berliner Abgeordnetenhaus in den letzten zehn Jahren Konzepte zum Umgang mit der Rigaer Straße vorgestellt? (Aufstellung nach Jahren und Ausschüssen sowie Drucksachenummer erbeten.)

Zu 7.:

Konzepte im Sinne der Anfrage wurden dem Abgeordnetenhaus nicht vorgestellt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

8. Welche konkrete und aktive Rolle hat der Senat im Umgang mit dem im Grundbuch stehenden Eigentümer seit 2014 eingenommen? (Aufstellung nach Jahren erbeten.)

Zu 8.:

Sowohl mit dem Hausverwalter als auch dem Rechtsanwalt wurden seitens Vertretenden des Senats oder der Polizei Berlin anlassbezogen Gespräche geführt. Eine statistische Erfassung im Sinne der Anfrage erfolgt nicht.

9. Ist es richtig, dass das Land Berlin oder der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg in den Jahren 2000 und 2014 von seinem Vorkaufsrecht (gemäß §24 Baugesetzbuch) für das Grundstück Rigaer Straße 94 hätte Gebrauch machen können, dies jedoch unterlassen hat? (Wenn ja, aus welchen Gründen?)

Zu 9.:

Zuständig für die Ausübung von Vorkaufsrechten nach § 24 BauGB ist der jeweilige Bezirk. Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg wurde um Stellungnahme gebeten. Innerhalb der vorgegebenen Frist ging diese nicht ein.

10. Warum nimmt der Senat seit Jahren keine aktive Rolle ein, um für eine echte Befriedung des Kiezes zu sorgen?

Zu 10.:

Der Senat arbeitet seit Jahren aktiv an einer „Befriedung“ des sog. Friedrichshainer Nordkiezes und wird seine Bemühungen auch in Zukunft konsequent fortsetzen.

Auch die Polizei Berlin nutzt alle ihr nach dem Strafverfahrensrecht und dem Polizeirecht zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um gegen Rechtsbrüche vor Ort vorzugehen und Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu verhindern. Die erfolgreiche und zeitnahe Durchsetzung richterlicher Durchsuchungsbeschlüsse zu anhängigen Strafverfahren im Objekt Rigaer Str. 94 haben sowohl im November 2018 als auch im vergangenen Juli deutlich gezeigt, dass die Polizei Berlin gemeinsam mit der Berliner Staatsanwaltschaft willens und in der Lage ist, auch unter herausfordernden Begleitumständen geltendes Recht konsequent durchzusetzen. Der wachsende Zuspruch der Anwohnerschaft für die polizeilichen Maßnahmen zeigt, dass der Senat auf dem richtigen Weg ist.

Berlin, den 14. August 2020

In Vertretung

Sabine Smentek
Senatsverwaltung für Inneres und Sport